einem Konflikt führen muß. Der Vermeidung dieses Zusammenstoßes, der für die Welt von noch fürchterlicheren Folgen begleitet sein würde, als der Krieg von 1914/18, soll die Washingtoner Konferenz in erster Linie dienen. Aber merkwürdig, obwohl die einzelne Macht die Größe und die Notwendigkeit dieses Zieles klar vor Augen sehen, können sie sich doch nicht dazu aufraffen, durch Verzichte und gegenseitige Konzessionen eine günstige Basis zu schaffen. Durch geheime gegeneinander gerichtete Gruppierungen und Verbindungen rufen sie vielmehr den Argwohn der dritten interessierten Macht hervor und verschärfen so die Situation in wachsendem Maße. Nachdem es Amerika im Sommer dieses Jahres gelungen ist, die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses zu hintertreiben, scheint sich eine Annäherung der beiden angelsächsischen Völker vollzogen zu haben, auf die natürlich Japan wenig freundlich zu sprechen ist. Kaum hat es in den letzten Tagen durch Lord Northcliffe davon erfahren, daß England Amerika im Falle eines Konfliktes unterstützen wolle, so läßt es seine bereits in Washington angelangten Vertreter zum Verzicht Englands verkünden, daß es auf die Verfolgung seines Flottenprogramms verzichten wolle, wenn es dafür in seiner Stellung in China befestigt werde. Wenige Tage zuvor noch hatte die Associated Preß von Hand des Schlotes, auf dem sich die Japaner nach Washington begaben, ein Telegramm erhalten, nach dem Japan die Entfernung nach einer Flotte vertreten werde, die sich mit jeder anderen irgendeines anderen Volkes im Stillen Ozean messen kann. Bei einem derartigen Durcheinander von Behauptungen, bei derartig einander widersprechenden Forderungen, die hier nur mit einem Beispiel belegt werden konnten, läßt sich natürlich nicht feststellen, wie der Kampf der Meinungen und Ansprüche gegenwärtig steht und zu welchen Resultaten er auf der bevorstehenden Konferenz ausgehen wird. Das aber kann man mit Fug und Recht aus diesen Unklarheiten ableiten, daß von den an der Lösung des pazifischen Planes die interessierten drei Mächten keine ein offenes und ehrliches Spiel treibt, wie es für einen gedeihlichen Verlauf der Konferenz erforderlich wäre. Meine jedenfalls hat es sich angelegen sein lassen, den Boden des Zwiespalts zwischen sich und den anderen vorbereitend zu ebnen. Insofern besteht der Verdacht zu Recht, der unlängst von Arbeiterführern auf dem Gewerkschaftskongreß in Bardiff geäußert wurde, daß man in Washington weniger das Vorspiel einer internationalen Abrüstung erleben werde, als vielmehr die Einleitung zu neuen Rüstungen.

Sollte tatsächlich, wie gerüchtweise verlautet, die interessante Finanzfrage zur Sprache gebracht werden, dann würde sich dieser Verdacht nur noch verschärfen. Denn in dieser Frage stehen sich die Ansichten der Weltmächte so unversöhnbar gegenüber, wie in dieser. Und diese Angelegenheit ist im Vergleich zu den anderen Problemen die ungemein dringendere. Ihm Pazifik und den Stillen Ozean geht der Kampf dieser Mächte, die Finanzfrage aber ist ein Welträtsel, an dem Amerika und England ebenso beteiligt sind, wie Frankreich und Deutschland. Die allgemeine Annullierung aller Schulden, die die einfache und die ideale Lösung dieses Problems darstellte, erfährt von vornherein so starke Ablehnung, daß auch nur die Anregung dieses Gedankens die Konferenz zum Scheitern bringen würde. In Amerika tritt der genannte Senator Borah dafür ein, daß man den europäischen Alliierten die geliehenen Gelder nicht länger stunden soll, damit sie auf diesem Wege gezwungen werden, ihre Rüstungen einzuschränken. So gesund dieser Gedanke erscheint, so würde er doch sowohl offene Ablehnung durch England und Frankreich erfahren, daß jede Auseinandersetzung darüber von vornherein fruchtlos verlaufen müßte. England und Frankreich wünschen vielmehr einen Schuldenerlaß ohne Gegenleistung, wobei einzelne englische Stimmen, wie die des früheren Schatzkanzlers Mac Kenna, ausgenommen werden müßten. Dessen Vorschlag, die deutschen Reparationszahlungen und die alliierten Schulden an Amerika zum Teile der Weltwirtschaft zu stundieren, wäre in der Tat die beste Lösung der internationalen Finanzkrise, die in Washington getroffen werden könnte. Aber die Aussichten darauf sind leider lächerlich gering. Denn, um nur an Frankreich zu denken, der Wille, aus diesem Elend herauszukommen, ist ebenso gering, wie jener andere, die Rüstungen einzuschränken. Die Welt schreit in gegenseitiger Angst nach Sicherheiten militärischer und finanzieller Natur, aber den Zustand der Sicherheit unter Aufopferung gewisser Einzelvorteile herbeizuführen, kann sie sich nicht anschicken. Und solange sie nicht lernt, in dieser Hinsicht anders zu denken, sind die Aussichten für eine Konferenz wie die Abrüstungskonferenz von Washington denkbar schlecht.

Dr. Rathenaus Reparationspolitik.

Mannheim, 28. Okt. In einer von etwa 7000 Personen besuchten Versammlung des badischen Landesverbandes der deutschen demokratischen Jugend sprach Dr. Rathenau nach der „Neuen Badischen Landesztg." bezüglich der oberschlesischen Entscheidung u. a. aus: Die Sinnlosigkeit des Urteilspruches ergibt sich aus sich selbst. Diese aufgezwungene Wirtschaftsordnung ist nicht nur gegen den Geist, sondern selbst gegen den Wortlaut des unerhörten Versailler Vertrages. Denn in diesem steht nichts davon, daß wir gezwungen seien, mit Polen Vereinbarungen zu treffen; es wären lediglich freie Vereinbarungen vorgesehen. Dann wies der Redner auf das neugebildete Kabinett hin und sagte: Nicht außenpolitische Gründe haben mich gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt, sondern lediglich der Beschluß unserer Fraktion, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett eintreten zu lassen. Ich selbst bin diesem Beschluß nicht beigetreten. Aber als Demokrat erkläre ich mich mit dem Beschluß auch dann solidarisch, wenn er gefaßt wird von einzelnen Menschen auch gegen meine Stimme. Dr. Rathenau wies weiter darauf hin, daß die Möglichkeit der Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen, ich wurde den Verlust Oberschlesiens verschmerze. Das gelte auch im Auslande diejenigen ein, die uns mit wirtschaftlichen Dingen befaßten und etwas davon verstehen. Es werde nötig sein, sich dem Auslande gegenüber nicht auf den Standpunkt zu stellen: wir werden jetzt nichts mehr tun, wir erkennen den Versailler Vertrag nunmehr als Fetzen Papier an; aber das Land dürfe auch nicht dahin gebracht werden, daß es unter der Last zusammenbreche. Der größte Teil der künftigen Politik werde Reparationspolitik sein müssen. Gegenüber der Aufgabe, Deutschland solle den Bankrott erklären, verwies Rathenau auf § 234 des Versailler Vertrages, in dem gesagt wird, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands müsse von Zeit zu Zeit geprüft werden. Es gebe nur einen Weg: nämlich die deutschen Zahlungen in Sachleistungen zu verwandeln. Dieser Weg sei beschritten worden in den Verhandlungen von Wiesbaden. Dr. Rathenau schloß, wir können nur leben in einer demokratischen Republik. Die Einigung des Volkes kann nur eine demokratische sein, beruhend auf der Gleichheit aller Stände. Wir können nur mit den anderen Völkern leben, wenn diese verstehen, was bei uns vorgeht.

Neuregelung der Reparation in Washington?

London, 28. Okt. Wie „Daily Mail" meldet, hat die Rede Mac Kennas in Chicago in hiesigen amtlichen Kreisen, insbesondere beim Schatzamt, einen günstigen Eindruck gemacht. Es gewinne die Ansicht an Boden, daß nicht nur die interalliierten Schulden geregelt werden müßten, sondern auch die Reparationspolitik eine Neuregelung erfahren müsse. Laut „Daily Mail" ist es so gut wie sicher, daß diese Frage im Zusammenhang mit der Frage der interalliierten Verpflichtungen auf der Washingtoner Konferenz erörtert werden wird. (W. T. B.)

Streikabsage der amerikanischen Eisenbahner.

London, 28. Okt. Das Reutersche Bureau meldet aus Chicago: Der Eisenbahnerstreik ist abgesagt worden. (W. T. B.)

Blutige Zusammenstöße mit deutsch-böhmischen Militärpflichtigen.

Die sozialistischen Führer ohne Gefolgschaft.

Graslitz i. Böhmen, 28. Okt. In den letzten Tagen hatten zahlreiche Militärpflichtige Einrückungsbefehle erhalten, denen nachzukommen sich jeder einzelne sträubte. Die Einberufenen schlossen sich zusammen und widersetzten sich gemeinsam dem Mobilmachungsbefehl. **Am ersten Mobilmachungstage (Donnerstag) gruppierten sich die jungen Männer nach einer Versammlung am Vormittag in der Nänmermühle zu einem Demonstrationszuge, proklamierten den Generalstreik und erzwangen die Schließung sämtlicher Gewerbe- und Industriebetriebe, sowie der meisten Ladengeschäfte. Gleichzeitig wurde mit sämtlichen Glocken Sturm geläutet.** Als am Vormittag bekannt geworden war, daß eine Abteilung tschechisches Militär mit der Bahn um 5 Uhr ankommen werde, steigerte sich die Erregung der Menge ins Maßlose. **Da die sozialdemokratischen Führer die Gestellungspflichtigen aufgefordert hatten, zum Schutze der Republik einzurücken, setzte sich die Arbeiterschaft in schärfsten Gegensatz zu ihren Führern, die schließlich laute Verwünschungen, wie Kriegshetzer usw., über sich ergehen lassen mußten und tätlich bedroht wurden, so daß sich keiner mehr auf der Straße sehen lassen durfte.** Um 5 Uhr trafen die angekündigten tschechischen Soldaten ein. **In der Nähe des Marktplatzes eröffneten die Tschechen, wohl weil sie fürchteten, von der Menge entwaffnet zu werden, ein lebhaftes Gewehrfeuer. Es blieben mehrere Tote am Platze. Heute sind noch verschiedene Verletzte gestorben, so daß man heute mittag 12 Tote und etwa 26 Verwundete zählte.** Die Verletzungen sind vielfach durch Bauchschüsse und Querschläger hervorgerufen.

Am kommenden Sonntag wird die gemeinschaftliche Totenbestattung stattfinden. Ob es auf seiten der Tschechen Verwundete gegeben hat, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Bevölkerung war fast durchweg waffenlos. **Es wurde über den ganzen Bezirk Graslitz das Standrecht verhängt.** Heute war es in der Stadt ruhig.

*

Der amtliche tschechische Bericht.

Prag, 28. Okt. Ueber die Vorgänge in Graslitz verbreitet die Pressestelle des Ministeriums für nationale Verteidigung eine Darstellung, in der es heißt: Die militärische Assistenzabteilung, bestehend aus 38 Mann und 2 Offizieren, wurde am Bahnhof von einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, die die Soldaten mit Lärm empfing, sie umringte, schmähte und mit Steinen bewarf. Als die Abteilung unter bedeutenden Hindernissen auf den Marktplatz gelangte, fielen aus den umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu einem Angriff der Bevölkerung, die den Soldaten die Gewehre zu entreißen begann. Der Kommandant gab darauf Befehl zum Schießen und es wurden zwölf Personen getötet und zehn verwundet. (W. T. B.)

Noch keine Einigung über die Beamtenbesoldung.

Berlin, 28. Okt. Eine beteiligte Seite teilt dem W. T. B. über die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Beamtenverbänden mit: Im Reichsfinanzministerium fanden am 26. und 27. d. M. ausgedehnte Verhandlungen über die nötig gewordenen Gehaltsverbesserungen für die Beamten statt. Nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Teuerungsaktion, sondern um eine Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamtengewerkschaften stehen die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr und führten noch zu keiner Einigung. An der Bewegung sind die fünf Spitzenverbände beteiligt, die eine zwanziggliedrige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa acht, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je fünf und der Gewerkschaftsring zwei Vertreter.

Berlin, 28. Okt. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde ein Antrag bezüglich der Anrechnung der Militärdienstzeit der Offiziere auf das Besoldungsdienstalter, wegen der gegenwärtig mit dem Deutschen Offiziersbund Verhandlungen schweben, der Regierung als Material überwiesen. Gleichfalls der Regierung als Material überwiesen wurde eine Eingabe, die die Notlage der Waffenmeisteranwärter behandelt. Regierungsseitig wurde ferner ausgeführt, daß das Gesetz über die Verwendung der Wartegeldempfänger demnächst zu erwarten sei. Auch schwebten Verhandlungen mit den Ländern zwecks Uebernahme eines Teiles der Wartegeldempfänger.

Die Beisitzer im Staatsgerichtshof.

Berlin, 28. Okt. Der Reichsrat wählte als Beisitzer zum Staatsgerichtshof: Universitätsprofessor Dr. Smend in Bonn, Staatsminister a. D. v. Seidlein in München, den Präsidenten des sächsischen Oberverwaltungsgerichts von Nostitz in Dresden, Oberlandesgerichtspräsident Mandry in Stuttgart und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Knauth in Jena.

Der Reichswirtschaftsrat und die neuen Steuern.

Berlin, 28. Okt. In seiner fortgesetzten Beratung der neuen Steuergesetze wurden im Reichswirtschaftsrat noch Anträge auf Freilassung der aus dem Meere eingebrachten Fische und auf Befreiung von Elektrizität, Gas und Wasser durch zusammenhängende Leitungen mehrerer Unternehmungen nur bei der ersten Lieferin angenommen. Ein Antrag auf Anrechnung der Umsatzsteuer auf die Einkommensteuer bei einem Einkommen aus Gewerbe und Beruf von nicht mehr als 50 000 Mark wurde abgelehnt. Ein Antrag betr. Milderung der Luxussteuer für Erzeugnisse der bildenden Kunst usw. wurde angenommen. Die Entschließung Siemens wurde ebenfalls angenommen.

Sodann berichtete Gewerkschaftssekretär Kreil über das Körperschaftssteuergesetz. Die Regierung wird ersucht, schleunigst einen neuen Entwurf auszuarbeiten und die Wünsche des Reichswirtschaftsrats zu berücksichtigen. Das Haus schloß sich diesen Vorschlägen an. Dem vom Geheimrat Dr. Schwarz erstatteten Bericht über das Vermögenssteuergesetz wurde zugestimmt. Ein Antrag, wonach von dem Reichsnotopfer nur ein Drittel erhoben werden soll, der Regierung als Material überwiesen. Die Gesamtabstimmung über die Vermögenssteuergesetzentwürfe wurde dann auf morgen vertagt. Ein Antrag, der die Steuerbefreiung des Reiches, der Länder und der Gemeindeverbände für gewerbliche Unternehmungen von der Umsatzsteuer aufheben will, wurde abgelehnt. — Morgen: Maßnahmen gegen die Preistreiberei und die Verkäufe in das Ausland.

Haftentlassung Dr. Schieles.

Leipzig, 28. Okt. Die „Freie Presse" meldet, daß der vor einigen Wochen wegen Beteiligung am Kapp-Putsch verhaftete Arzt und Volkswirt Dr. Schiele vom Oberreichsanwalt gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark aus der Haft entlassen worden sei. (W. T. B.)

Französischer Millionenkredit für Rußland.

Paris, 28. Okt. Die Kammer nahm heute vormittag den Gesetzentwurf an, durch den ein Kredit zur Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung Rußlands eröffnet wird. Der Kredit soll in Höhe von 7 Millionen Franken gewährt werden, und zwar 1 Million in Geld und 6 Millionen in Naturallieferungen. (W. T. B.)

Graf Westarp über „Volk in Not".

Karlsruhe, 28. Okt. In einer deutschnationalen Wahlversammlung sprach gestern Graf Westarp über die politische Lage unter dem Motto: „Volk in Not". Ein neuer brutaler Raub, so betonte er, ist an der deutschen Nation begangen worden. Oberschlesien beherrsche auch in Süddeutschland das politische Denken jedes Menschen. Für jeden Vernünftigen stehe es fest, daß eine Zerreißung Oberschlesiens ein Wahnsinn ist. Die Oberschlesier müßten erfahren, daß wir an ihnen festhalten. Revanchepolitik passe nicht für deutsches Empfinden und Fühlen, aber unser Ziel müsse sein: über alle Parteiunterschiede hinweg dafür Sorge zu tragen, die geraubten Gebiete wieder zu erlangen. Mit dem Standpunkte der Unterwürfigkeit müsse endlich ein Ende gemacht werden. Die Deutsche Volkspartei hat sich dem deutschnationalen Standpunkt im Reichstage angeschlossen und es sei zu hoffen, daß sich daraus auf lange Zeit die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der beiden Rechtsparteien ergebe. Die Erfüllungspolitik Dr. Wirths sei bankrott und ein neuer unabwendbarer Zusammenbruch dieser Koalition stehe bevor. Es komme mit Sicherheit der Zahlungstermin, an dem Deutschland seine Unfähigkeit zur Zahlung eingestehen müsse. Wenn in den Tributzahlungen nicht Wandel geschaffen werde, würden wir mit Riesenschritten in österreichisch-polnische, wenn nicht in russische Verhältnisse steuern. Mit dem Wiesbadener Abkommen wolle man den Reichstag umgehen. Die Deutschnationalen werden aber beantragen, daß der Reichstag gehört werde, und werden das Abkommen dann ablehnen. Die Idee des Internationalismus sei zusammengebrochen. Wir sind die Ausgebeuteten. Wenn unser Volk das nicht einsehe und begreife, daß der Deutsche zum Deutschen gehöre, könne es nicht zu einem vernünftigen Entschluß kommen. Dazu gehöre auch unsere Entwaffnung. Die ganze Welt starre in Waffen. Deutschland habe, da die anderen Mächte in der Abrüstung nicht folgen, das Recht, zu dem zurückzukehren, was uns groß und stark gemacht hat, nämlich zur allgemeinen Wehrpflicht. Am Rhein wird es nicht anders gehen als in Oberschlesien. Deshalb müßten wir uns klar sein, daß wir vor einer Wahl stehen. Freiwillig wird Frankreich nicht aus den linksrheinischen Landen gehen, und den anderen Mächten wird es nicht folgen. Deshalb: entweder findet Deutschland sich damit ab, daß es dauernd das linke Rheinland und den Rhein verliert, oder es sei entschlossen, sich selbst zu helfen. Emporkommen könnten wir nur, wenn wir den Einfluß der marxistisch-sozialistischen Gruppe brechen. Zu erstreben sei eine Koalition der bürgerlichen Mitte. — Die Ausführungen des Redners lösten oft stürmischen, minutenlangen Beifall aus.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 28. Okt. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird nunmehr am 1. und 2. Dezember in Stuttgart stattfinden. Als Redner sind u. a. vorgesehen: Dr. Stresemann, Dr. Kahl, Dr. Becker, Dr. Runkel, Kempke und v. Kardorff. Dem Parteitag geht am 30. November eine Sitzung des Zentralvorstandes voraus.

Ernährungsministerkonferenz und Kartoffelpreise.

Oldenburg, 28. Okt. In der heutigen Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und Preisentwicklung auf dem Kartoffelmarkt. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer entschied sich für die Durchführung entsprechender Maßnahmen. Mit allen Mitteln müsse eine Besserung der Wagengestellung für die östlichen Ueberschußbezirke angestrebt werden, um das Angebot zu decken und hierdurch die Preisbildung günstig zu beeinflussen. Insbesondere sei die Ausfuhr zu verhindern. Die Verarbeitung von Speisekartoffeln in Stärkefabriken, Trockereien und Brennereien sei möglichst zu vermindern. Den wilden Aufkäufen solle dadurch begegnet werden, daß die Landesregierungen durch Verordnungen zu ermächtigen sind, den Aufkauf von Kartoffeln von der Erlaubnis einer von der Landesregierung zu bestimmenden Behörde im Aufkaufgebiet abhängig zu machen. Die Eisenbahn sei zu ersuchen, nur solche Sendungen zu befördern, die von den Aufkäufern aufgegeben werden, die im Besitze eines Erlaubnisscheines sich befinden. (WTB.)

Weiterhin beschäftigte sich die Konferenz der Ernährungsminister und Landwirtschaftsminister mit der Frage der Brotgetreideversorgung. Der Präsident der Reichsgetreidestelle berichtete über den Stand der Ablieferung von Umlagegetreide. Bis zum 15. Oktober war die im Gesetz bis zu diesem Zeitpunkt verlangte Menge an abgelieferten Getreide — Gesamtumlage — erheblich überschritten. Die Ablieferung bis einschließlich 25. Oktober betrug 1 065 802 Tonnen oder 43 Prozent der gesamten Umlage. Schon dieses statistische Ergebnis der Erfassung sichert zusammen mit der getätigten Einfuhr die Brotversorgung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, mit allem Nachdrucke die weitere Einholung der Umlage zu betreiben und daß gegen schuldhafte säumige Landwirte unnachsichtig mit den gesetzlichen Handhaben vorgegangen werden soll.

Berlin, 28. Okt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erläßt eine längere Erklärung über Kartoffelversorgung und Kartoffelpreise. Es wird darin gesagt, daß es jedenfalls nicht der Mangel an Ware sei, der die hohen Preise veranlaßt habe, sondern ein künstlich erzeugtes ungesundes Preistreiben. Dieser unerfreulichen Entwicklung gegenüber müsse der gute Wille der führenden Kreise in der Landwirtschaft in großem Umfange versagen. Zur Frage, was geschehen müsse, um einen Preisabbau herbeizuführen, sagt die Erklärung, daß in erster Linie die Werke, Unternehmungen, Betriebsräte staatlicher Einrichtungen ihre Aufkäufer zurückrufen sollten. Ferner müsse aufklärend in landwirtschaftlichen Kreisen gewirkt und auf die Gefahr hingewiesen werden, die sich aus der jetzigen Preisentwicklung für die Gesamtheit, besonders auch für die Landwirtschaft, ergebe. Gelinge es auf diese Weise, in der Verbraucherschaft und bei den Erzeugern aufklärend zu wirken und sehe der Kartoffeltransport in erheblichem Maße ein so dürfe damit gerechnet werden, daß nicht nur eine weitere Preissteigerung unterbliebe sondern ein Preisabbau stattfinde. Im anderen Falle werde aber von der Verordnung über die Preistreibereien, die noch Geltung habe, schonungslos Gebrauch gemacht werden.

Liebesgaben der deutschen Farmer Südwestafrikas.

In den ersten Novembertagen wird, wie wir hören, mit dem Dampfer „Arundi" eine Sendung von Liebesgaben für die deutschen Kinder aus Südafrika in Hamburg eintreffen. Es ist dies die erste Sendung von Erzeugnissen der deutschen Farmer Südwestafrikas, die von der Farmwirtschaftsgesellschaft in Windhuk veranstaltet worden ist. Es sind von den südafrikanischen Farmern auch bereits 360 Milchkühe als Geschenk für die deutschen Kinder zusammengebracht worden. Ihrer Ueberführung nach Deutschland stellen sich jedoch noch Schwierigkeiten entgegen.

Abberufung der Schupo aus Anklam.

Berlin, 28. Okt. Da es zwischen der Schupo und sozialistischen Bürgern in Anklam in Pommern zu Zusammenstößen gekommen war, forderte die dortige Stadtverordnetenversammlung bei Stimmengleichheit, die durch die Stimme des sozialistischen Stadtverordnetenvorstehers in die Mehrheit gewandelt wurde, die Abberufung der Schupo aus Anklam. Darauf haben sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten ihre Aemter niedergelegt. Der Bürgerbund fordert die gesamte Bürgerschaft der Stadt auf, in den Generalstreik zu treten, falls die Sozialdemokratie in den Generalstreik treten sollte.